

# BASis Info 8/2011

Neues von der Duisburger SPD-  
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

**SPD**

07.10.2011



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

am Tag der Deutschen Einheit habe ich am Festakt im alten Bonner Bundestag teilgenommen und bemerkenswerte Reden von Hannelore Kraft und Bundesverfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle gehört. Es war ein Moment zum Innehalten und ein Moment sich die ganze Bedeutung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa bewusst zu machen - wenige Tage nach der Entscheidung zum Euro-Rettungsschirm.

In der vergangenen Woche haben wir die Ausweitung des Rettungsschirms von 240 auf 440 Milliarden Euro beschlossen. Auch ich habe dafür gestimmt und ich weiß: Es geht um sehr viel Geld. Zum Vergleich: der gesamte Bundeshaushalt hat ein Volumen von etwas mehr als 300 Milliarden Euro. Deutschlands Bürgschaft im EFSF steigt von 123 auf 211 Milliarden Euro, aber ein Zerfall der Währungsunion wäre wesentlich teurer. Einen ausführlichen Hintergrundbericht finden Sie mit einem Klick hier im neuen Berlin Aktuell.

Frau Merkel hat mit Ach und Krach ihre eigene Mehrheit zusammen bekommen. Die Ausfälle des Kanzleramtsministers Ronald Pofalla gegen den CDU-Abgeordneten Wolfgang Bosbach haben aber der Öffentlichkeit gezeigt, zu welchen Mitteln die Merkel-Getreuen zwecks Machterhalt gegriffen haben und wie blank die Nerven im Regierungslager liegen.

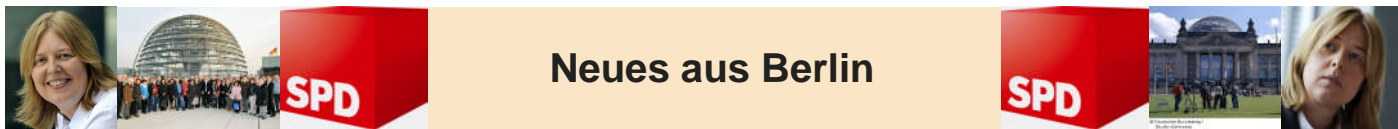
Schwarz-Gelb ist am Ende, die Berlinwahl hat das ein weiteres Mal gezeigt. Klaus Wowereit kann – zum dritten Mal – die Hauptstadt regieren. Die CDU konnte zu ihrem Rekordtief einige Stimmen von der FDP abholen, die in manchen Wahllokalen nur 1 Stimme bekommen hat. Die Berlinerinnen und Berliner sind der populistischen FDP-Stimmungsmache gegen den Euro nicht auf den Leim gegangen. Doch ehrlich gesagt: Vom Misstrauen in Schwarz-Gelb haben Rot und Grün nicht in dem Maße „profitiert“, wie ich mir das gewünscht hätte und offenbar hat die Blockade-Haltung der Grünen gegen die Infrastrukturprojekte auch die Koalitionsverhandlungen in Berlin scheitern lassen. Mit Blick auf

die nächste Bundestagswahl kann man nur warnen: Der rot-grüne Regierungswechsel ist noch lange nicht klar.

Das liegt auch an den Piraten, die aktuell bei 9% in den Umfragen im Bund liegen. Ich glaube nicht, dass wir es *nur* mit Protestwählern zu tun haben und sich dieser Wählerzuspruch *allein* mit den Regeln im Internet erklären lässt. Ich habe in Berlin mitbekommen: Das wichtigste Schlagwort der Piraten heißt „Transparenz“. Wenn Transparenz bedeutet, dass die Menschen die Politik auf allen Ebenen verstehen, kontrollieren und mitgestalten können müssen, dann halte ich das für ein ursozialdemokratisches Anliegen und versuche dem mit meiner Homepage oder in Sozialen Netzwerken nachzukommen. Der Erfolg der Piraten zeigt aber auch, dass Sozialdemokraten sich nie mit Verweisen auf die verfehlte Politik der Anderen begnügen dürfen. Wir müssen mit *unseren* Konzepten überzeugen. Auch zur Netzpolitik.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



## Stichwort: Halbzeitbilanz schwarz-gelber Gesundheitspolitik

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist seit zwei Jahren im Amt, Zeit für eine Zwischenbilanz. Was ist in den letzten zwei Jahren in der Gesundheitspolitik passiert und besser: was nicht?

Ex-Gesundheitsminister Philipp Rösler versprach zu Beginn seiner Amtszeit ein robustes Gesundheitssystem, „das nicht alle zwei, drei Jahre reformiert werden muss“. Besser und dabei nicht teurer sollte es werden. „Die Versicherten“, so versprach Rösler, „werden keine höheren Beiträge zahlen“. Versprochen, gebrochen.

Das Ergebnis schwarz-gelber Gesundheitspolitik sind höhere Beitragssätze, die Kopfpauschale ohne Sozialausgleich sowie Geschenke an die Private Krankenkassen, an Teile der Ärzte (die Hausärzte sind bei Schwarz-Gelb in vielen Fällen die Verlierer), Pharmakonzerne, Apotheker und Arbeitgeber. Das Gesundheitssystem wird für 70 Millionen gesetzlich Versicherte nicht besser, dafür ungerechter und teurer.

Schwarz-Gelb hebt die Solidarität aus: Steigende Kosten tragen die Versicherten künftig alleine. Vor allem die Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner werden zusätzlich belastet. 2011 erhöhte die

Bundesregierung die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,6 auf 15,5 Prozent und die Krankenkassen dürfen nun sogenannte einkommensunabhängige Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe erheben. Das ist die Einführung der Kopfpauschale durch die Hintertür und dabei zahlt der gut verdienende Manager die gleiche Kopfpauschale wie sein Fahrer. Der versprochene Sozialausgleich wird seinem Namen nicht gerecht. Menschen mit kleinen Einkommen oder Renten sollen allenfalls mit einem Notgroschen abgespeist werden und selbst dessen Finanzierung wird immer unklarer. Alle Kostenrisiken im Gesundheitssystem werden in Zukunft einseitig auf Beschäftigte und Rentner abgewälzt, während der Arbeitgeberanteil eingefroren bleibt. Ein nicht hinnehmbarer Zustand.

Auch bei der Reform der Pflegeversicherung versagt Schwarz-Gelb. Ex-Minister Rösler hatte das Jahr 2011 zum „Jahr der Pflege“ gekürt und eine Reform der Pflegeversicherung groß angekündigt. Nachfolger Daniel Bahr hat alle Ankündigungen erst einmal aufgeschoben. Die zugesagten Eckpunkte und der für diesen Sommer angekündigte Gesetzentwurf lassen weiter auf sich warten. Erst vor 2,5 Wochen hatte der neue Gesundheitsminis-

ter Bahr die Befassung der Eckpunkte im Kabinett zurückgezogen, weil die Koalition sich nicht einig sei. Der Streit innerhalb der Union sowie zwischen Union und FDP über die Zukunft der Pflege sitzt tief. Je stärker die FDP in die Krise gerät, desto katastrophaler wird ihre Gesundheitspolitik. Unsere Antworten zur Zukunft einer solidarischen Pflege haben wir vergangene Woche auf einer Fachkonferenz mit 240 Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert. [Mit einem Klick hier können Sie unser SPD-Orientierungspapier nachlesen.](#)

In einem Satz: Schwarz-Gelb verteilt Lobbygeschenke an Private Krankenkassen oder Pharmakonzerne, kündigt mit der Kopfpauschale das Solidaritätsprinzip auf und lässt auch alle Fragen zur Zukunft der Pflege in Deutschland weiter unbeantwortet.

Eine ausführliche Halbzeitbilanz der schwarz-gelben Bundesregierung zu allen Politikfeldern hat unsere SPD-Bundestagsfraktion zusammengestellt in der Broschüre „Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb - Eine Schadensbilanz“ und im gleichnamigen Kurzfilm. [Die Broschüre und den Film gibt es mit einem Klick hier zum Nachlesen, Anschauen und Runterladen auf meiner Homepage \[www.baerbelbas.de\]\(http://www.baerbelbas.de\).](#)





**Zu Besuch bei der Klasse 10a der Heinrich-Heine Gesamtschule** in Rheinhausen war ich am vergangenen Mittwoch. Die Schülerinnen und Schüler besuchen in der nächsten Woche den Deutschen Bundestag und hatten sich am Mittwoch schon eine ganze Menge kluge und manchmal auch knifflige Fragen an ihre Bundestagsabgeordnete überlegt. So gab es eine spannende Diskussion und die ein oder andere Anregung.

### Integrationsmaßnahmen für Roma in Hochfeld?

Die Zustände in Hochfeld werden für alle Beteiligten immer unerträglicher. Daher habe ich bei der Bundesregierung nachgehakt, mit welchen Maßnahmen Berlin die Integration von Roma aus Südosteuropa sicherstellt und wie die Regierung „ein friedliches, tolerantes und diskriminierungsfreies Zusammenleben“ unterstützt.

Als Bundestagsabgeordnete muss ich in Berlin auf Proble-

me in meinem Wahlkreis aufmerksam machen und für mich könnte eine nationale Integrationsstrategie „ein wichtiger Ansatz“ sein. Die Bundesregierung sieht leider keinen Handlungsbedarf, aber ich bleibe dran.

Mit einem Klick hier kommen Sie zu meiner Pressemitteilungen vom heutigen Tag, meinen Schriftlichen Fragen sowie den Antworten der Bundesregierung.



**Die Polizei - Dein Freund und Helfer:** Beim Siedlungs-fest in der Dickelsbachsiedlung ließ mich die Polizei dankenswerter Weise für mein Grußwort ihre Mikroanlage im Dienstwagen nutzen.

### +++Auszug aus meinem Kalender+++

+++15.10.: 50 jähriges Jubiläum der SPD Ungelsheim/ Mündelheim/Serm+++

+++15.10.: Jubilarehrung bei der SPD Stadtmitte+++

+++16.10.: Ehrung der Jahrgangsbesten der IHK im Theater am Marientor+++

+++17.10.-21.10. + 24.09-28.10.: Sitzungswochen im Deutschen Bundestag+++

+++22.10.: Eröffnungsrede zum Benefizkonzert der DKMS +++

+++Weitere Informationen unter [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)+++

## Treffen mit dem THW-Ortsverband Duisburg in Berlin

Der THW-Ortsverband Duisburg besuchte am 27. September im Rahmen der Veranstaltung „MdB und THW – Helfen rund um die Uhr“ Berlin und traf vor dem Reichstagsgebäude die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug.

THW-Ortsverbände aus ganz Deutschland gaben den Abgeordneten vor allem Einblicke in ihre praktische Arbeit und die Duisburger THW-Delegation Markus Kleinrensing (stv. Ortsbeauftragter) und Sven Wagner (Zugführer, 1. Vorsitzender Förderverein) nutzte die Gelegenheit, sich mit Bärbel Bas und Johannes Pflug über die aktuellen Her-



Von links nach rechts: Johannes Pflug, Bärbel Bas, Sven Wagner und Markus Kleinrensing.

ausforderungen des THW auszutauschen. Ein wichtiges Thema war die Helfergewin-

nung und der Helferersatz nach der Aussetzung der Wehrpflicht.

## Neues aus meinem Tagebuch

Hammelsprünge sind immer ein sportliches Ereignis im Bundestag und am 28. September haben wir als Opposition tatsächlich den Hammelsprung gewonnen. Vielleicht lag das daran, dass bei den Fragen an die Bundesregierung zum Thema Umweltschutz kein Kollege der Regierungsfractionen im Plenum war? Trotzdem schade: Da gewinne ich mal ne Abstimmung, der Umweltminister wird ins Plenum zitiert und dann ist Röttgen in Karlsruhe.

Zur Feier des Tages passte es sehr gut, dass unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier alle „neuen“ SPD-Abgeordneten

zum Abendessen eingeladen hatte. Wir nutzten die Chance zum politischen Austausch und beschlossen den Abend gegen halb 12 mit einem Korn in kleiner Runde. Steinmeier war bis zum Schluss dabei und musste nicht wie ich am nächsten Tag um 8 Uhr zum Frühstück der Landesgruppenvorstände.

Der Brandschutzbeauftragte des Bundestages hat uns in seiner Hausmitteilung 230 „aus gegebenem Anlass“ darauf hingewiesen, dass die Brandmelder im Haus „insbesondere durch Aerosole (z.B. Haarspray) ausgelöst werden können“. Mein Büro ist eindeutig unschuldig.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

### Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de

[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)